

LANDESVORSTAND DES BUND NATURSCHUTZ STELLT AKTUELLE SCHWERPUNKTE DER BN-ARBEIT IM LANDKREIS UNTERALLGÄU UND LINDAU VOR

Der Landesvorstand des BUND Naturschutz hat am 28.10.2015 eine Bereisung der Landkreise Unterallgäu und Lindau durchgeführt. Dabei wurden überregional bedeutsame Schwerpunkte und Konfliktfälle, aber auch Projekte und Erfolge der beteiligten Kreisgruppen vorgestellt und diskutiert.

Erkheim – Unterallgäu:

Biodiversitätsprojekt Bachmuschel und Helmazurjungfer

Die Bachmuschel war früher in den Bächen Bayerns weit verbreitet, heute ist sie vom Aussterben bedroht. Weil sie nur in naturnahen und sauberen Gewässern leben kann, ist sie ein Indikator für den Zustand unserer Gewässer.

Obwohl die Bachmuschel auch im Landkreis Unterallgäu nur noch in acht Bächen vorkommt, gehört der Landkreis zu den Spitzenreitern der Bachmuschelverbreitung in Bayern.

Seit 2010 kümmert sich der BUND Naturschutz in einem Biodiversitätsprojekt, unterstützt von der Regierung von Schwaben und dem bayerischen Naturschutzfonds, um die Bachmuschelbestände im Unterallgäu. Seit 2014 ist als Partner auch der Landschaftspflegeverband Unterallgäu an Bord. Ziel ist die Sicherung und Verbesserung des Erhaltungszustandes von Populationen der Bachmuschel im Unterallgäu. Seit 2014 kümmert sich der Projektmanager Dr. Michael Schneider zusätzlich auch um die Helmazurjungfer. Diese Libellenart benötigt ähnlich, wie die Bachmuschel, naturnahe Gewässer.

Hubert Weiger, BN-Landesvorsitzender betont: „Wenn die bayerischen Bäche wieder voll mit Bachmuscheln wären, müssten wir uns um den Zustand unserer Gewässer keine Sorgen machen. Leider sind ca. 80% der Flüsse und Bäche Bayerns in keinem guten ökologischen Zustand. Daher ist es dringend nötig, Gewässer landauf, landab zu renaturieren.“

Joachim Stiba, stellvertretender Vorsitzender der BN-Kreisgruppe Memmingen- Unterallgäu ergänzt: „Das Bachmuschelprojekt im Unterallgäu soll einen kleinen Beitrag für einen naturnäheren Zustand unserer Gewässer leisten und der Bachmuschel in unserer Heimat das Überleben ermöglichen.“

Weitere Hintergründe finden Sie unter www.bachmuschel.de

Fachabteilung für Südbayern

Pettenkofenstr. 10a
80336 München

Tel. 089/548298-63

Fax 089/548298-18

fa@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München,

28.10.2015

PM 21/15/FA

Naturschutz

Memmingerberg – Unterallgäu: Kein Steuergeld für Flughafengrundstücke

Der BUND Naturschutz ist einer der Träger des Bündnisses für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern – kein Geld für Flughafengrundstücke.

Der geplante Einstieg der Allgäuer Städte und Landkreise in Höhe von 8,2 Mio. an einer Grundstücksgesellschaft kommt einer direkten Subventionierung des Flughafens gleich.

Diese Subventionen sollen durch zusätzliche Subventionen des Freistaats Bayern in Höhe von 12,2 Mio Euro ergänzt werden.

Regionalflughäfen und Billigfluggesellschaften können nur mit Steuermitteln überleben. Keiner der 19 Regionalflughäfen in Deutschland trug sich in den vergangenen Jahren selbst.

Und das obwohl der Flugverkehr von der Kerosinsteuer und der Umsatzsteuer befreit sind. Beide Steuerbefreiungen machen deutschlandweit einen Wert von ca. 9,4 Mrd. Euro pro Jahr aus.

Richard Mergner, BN-Landesbeauftragter und verkehrspolitischer Sprecher des BUND-Bundesverbandes fordert einen Stopp der Subventionen für den extrem klimaschädlichen Verkehrsträger Flugzeug. „Subventionen für Regionalflughäfen führen nur zu unnötigen Kapazitäten und einer Kannibalisierung untereinander zu Lasten der Steuerzahler.“

Helmut Scharpf, Vorsitzender der BN-Kreisgruppe Memmingen-Unterallgäu ruft die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Unterallgäu und der Stadt Memmingen auf, am 22. November 2015 zur Wahl zu gehen: “Stimmen Sie beim Bürgerentscheid gegen die Verschwendung von Steuergeldern am Allgäu Airport.“

Grünenbach – Landkreis Lindau:

Interkommunales Gewerbegebiet Argental ist der falsche Weg

Die Gemeinden Gestratz, Grünenbach, Maierhöfen und Röthenbach planen am Standort „In der Au“ ein interkommunales Gewerbegebiet auf der Grünen Wiese. Das geplante Gebiet hat keinen Anschluss die bestehende Bebauung, und verstößt damit gegen das sog. Anbindegebot, wie es im Bayerischen Landesentwicklungsprogramm niedergeschrieben ist.

Der BUND Naturschutz ist davon überzeugt, dass das Anbindegebot eine zukunftsfähige Siedlungsentwicklung garantiert, weil:

- Gewerbebetriebe an bestehenden Orten städtebaulich und landschaftsästhetisch deutlich besser in die historisch gewachsene Kulturlandschaft eingebunden werden können,
- eine viel bessere Erreichbarkeit der Betriebe zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem Bus gegeben ist und keine vollkommene Abhängigkeit vom Auto entsteht,
- kurze Wege zu den Wohngebieten und sonstiger Infrastruktur (Läden, Kindergärten, Schulen...) gegeben sind und
- die Dörfer durch die Gewerbebetriebe lebendig bleiben

Fachabteilung für Südbayern

Pettenkofenstr. 10a

80336 München

Tel. 089/548298-63

Fax 089/548298-18

fa@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München,

28.10.2015

PM 21/15/FA

Naturschutz

„Das geplante interkommunale Gewerbegebiet „In der Au“ zerstört die gewachsene Westallgäuer Kulturlandschaft“, erläutert Erich Jörg, Vorsitzender der BN-Kreisgruppe Lindau. „Wir halten eine bedarfsgerechte Ausweisung von kleinen Gewerbeflächen am Ort für den deutlich besseren Weg“.

„Heimatminister“ Söder, will das Anbindegebot im Rahmen seiner sog. Heimatstrategie weiter aushöhlen und Gewerbegebiet wie das Beispiel „In der Au“ künftig genehmigungsfähig machen.

„Aufgabe von Heimatminister Söder wäre es, Heimat und Landschaft zu bewahren, den Flächenverbrauch zu stoppen und die Landesplanung wiederbeleben, anstatt eine Amerikanisierung der bayerischen Landschaft voranzutreiben, so der BN-Vorsitzende Hubert Weiger.

Scheidegg – Landkreis Lindau:

BN will Naturwaldreservat in Westallgäuer Tobel

Der BN will einen Antrag auf Ausweisung eines Naturwaldreservats für ein 11 ha großes Waldstück im Rohrchtobel bei Scheidegg stellen, das dem BN gehört.

Die Bundesregierung hat in Ihrer Biodiversitätsstrategie das Ziel aufgestellt, auf 5 % der Waldfläche nutzungsfreie Schutzgebiete einzurichten. Dies soll primär in Staatswäldern geschehen. In ungenutzten Wäldern haben Arten ihren Lebensraum, die auch in vorbildlich bewirtschafteten Wäldern nicht vorkommen. Als Naturwaldreservat wird ein Waldgebiet bezeichnet, in dem die Entnahme von Holz und sonstige wirtschaftliche Nutzung untersagt ist. Der Wald wird im Wesentlichen der natürlichen Entwicklung überlassen, so dass im Idealfall nach langer Zeit eine neue Urwald-Wildnis entstehen kann.

Der BUND Naturschutz will seine Wälder für das Erreichen dieses Ziels einbringen. „Der dem BN gehörende Wald im Rohrchtobel eignet sich ganz hervorragend für ein Naturwaldreservat“, erläutert Isolde Miller, BN-Gebietsbetreuerin der Allgäuer Tobelwälder. „Der tief eingeschnittene Hangschluchtwald zeichnet sich durch seine naturnahe Baumartenzusammensetzung aus und ist nicht erschlossen.“

„Wie werben dafür, dass in Bayern mehr Naturwälder ausgewiesen werden. Im Privatwald darf das nur freiwillig erfolgen, im Staatswald ist es Pflichtaufgabe. Bisher sind in Schwaben nur 0,5% der öffentlichen Wälder als Naturwald dauerhaft gesichert“, so Hubert Weiger, BN Landesvorsitzender.

Für Rückfragen:

Thomas Frey, BN-Regionalreferent für Schwaben
Thomas.frey@bund-naturschutz.de
0160-95501313

Fachabteilung für Südbayern

Pettenkofenstr. 10a
80336 München
Tel. 089/548298-63
Fax 089/548298-18
fa@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München,
28.10.2015
PM 21/15/FA
Naturschutz